

AL Info ⁴/₁₄

3 Filmwissenschaftler Mischa Schiowow ist seit 10 Jahren AL-Mitglied. Im Gespräch bringt er einiges über die Wurzeln der «AL-DNA» ans Licht.

4 Wir berichten über den Auftakt zu den Kantonsratswahlen und darüber, wie sich die AL finanziert.

8 Stadtrat Richard Wolff erzählt von seinem Besuch bei der New Yorker Polizei.

AZB
CH-8026 Zürich
Post CH AG

Hier leben, hier wohnen, hier bleiben!

Sollen die Gemeinden in der Bau- und Zonenordnung (BZO) und in Gestaltungsplänen Grundeigentümer verpflichten dürfen, preisgünstige Wohnungen zu bauen? Am 28. September stimmt der Kanton Zürich darüber ab: Mit einem Ja würde ein weiteres Pionierprojekt der AL erfolgreich abgeschlossen.

Im Februar 2007 schickte Hochbauvorsteherin Kathrin Martelli die Vorlage zur Umzonung des sieben Hektaren grossen Zollfreilagers in Zürich Albisrieden an den Gemeinderat. Anderthalb Jahre wehrte sich die AL zusammen mit ihren grünen Verbündeten dagegen, die Öffnung des Industrieareals für den Wohnungsbau ohne Bedingungen abzusagen. Nach den Erfahrungen in Zürich-West und dem absehbaren Luxus-Wohnungs-Debakel an der Europaallee forderten wir, dass sich die Grundeigentümer vor der Umzonung vertraglich zu einem Mindestanteil von preisgünstigen Wohnungen verpflichten.

AL-Idee zieht Kreise

Im November 2008 scheiterten wir in der Referendumsabstimmung klar. Unser Anliegen, Grundeigentümer zum Bau von preisgünstigen Wohnungen zu verpflichten, wenn ihr Land durch planerische Massnahmen an Wert gewinnt, stiess

dagegen auf wachsende Zustimmung. Als ein Jahr später AL-Aktivistin Manuela Schiller, zugleich Präsidentin des Stadtzürcher Mieterverbandes, mit einer Einzelinitiative eine Gestaltungsplanpflicht für den preisgünstigen Wohnungsbau verlangte, wurde nur noch diskutiert, wie diese Forderung umzusetzen sei.

Diese Frage hat sich verschärft, weil der Kanton alle Versuche der Gemeinden abblockt, in der BZO oder in Gestaltungsplänen rechtsverbindlich preisgünstigen Wohnungsbau zu verlangen. Als Herr über die Raumplanung muss der Kanton alle kommunalen Planungen genehmigen. Mangels ausdrücklicher Regelungen im kantonalen Planungs- und Baugesetz (PBG) hat das Amt für Raumplanung in den letzten drei Jahren gleich drei Vorlagen zur Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus in so unterschiedlichen Gemeinden wie Zürich, Bülach und Thalwil kassiert.

Kantonsrat schafft Rechtsgrundlage

Der Kantonsrat hat deshalb im Herbst 2013 einer Änderung des PBG zugestimmt. Der Gegenvorschlag zu einer SP-Initiative räumt den Gemeinden das Recht ein, einen Mindestanteil preisgünstiger Wohnungen zu verlangen, wenn bei Auf- oder Umzonungen oder Gestaltungsplänen der Bodenwert steigt. Mit Auflagen zu Mietzins und Belegung wird dafür gesorgt, dass Haushalte profitieren können, die auf preisgünstige Wohnungen angewiesen sind. Die Reduktion der Wohnungsgrösse, Limiten beim Bodenpreis, der Verzicht auf Luxusbauten und eine klare Begrenzung



Am 30. August findet ein Aktionstag zum preisgünstigen Wohnraum statt. Info und Materialbestellung auf hier-daheim.ch.

der zulässigen Mieten garantieren die Erstellung neuer Familienwohnungen, die nicht mehr als 2000 Franken kosten.

Ein Ja als Signal für die ganze Schweiz

Die vom Hauseigentümerverband und den Immobilienverbänden inspirierten Fraktionen von SVP und FDP haben das Behördenreferendum gegen die Gesetzesänderung eingereicht. Deshalb kommt es am 28. September zur Abstimmung. Für das Ja setzt sich eine selten breite Koalition von Verbänden, Parteien und GemeindevertreterInnen ein. Ein Ja ist greifbar nahe. Wenn wir die einmalige Chance im Kanton Zürich packen, wäre das ein Signal für die ganze Schweiz.

Katharina Gander



Parolen

Abstimmungen vom 28. November 2014. Parolen gefasst an der kantonalen Vollversammlung vom 24. Juni 2014.

BUND

Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gasgewerbes»

NEIN

Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse»

JA

KANTON

Festlegung Mindestanteil preisgünstiger Wohnraum (Änderung Planungs- und Baugesetz)

JA

STADT ZÜRICH

Zentrum Heuried, Neubau und Sanierung

Parolenfassung 26. August 2014

Termine

Dienstag, 26. August 19 Uhr AL-Vollversammlung.

Samstag 30. August Aktionstag für preisgünstigen Wohnraum. In der ganzen Stadt finden Standaktionen und Infoveranstaltungen zum Thema statt.

Samstag 6. und 13. September, lustvolle Pauschalsteuer Aktionen, au. Bonzen-Bsüechli

Dienstag, 23. September 19 Uhr AL-Vollversammlung.

Dienstag, 28. Oktober 19 Uhr kantonale AL-Vollversammlung

Weitere Termine auf al-zh.ch/termine oder auf facebook.com/ALzuerich.

Impressum

Alternative Liste (AL)
Postfach 1005, 8026 Zürich, al-zh.ch

Sekretariat Dayana Mordasini
Molkenstr. 21, 8004 Zürich
sekretariat@al-zh.ch
Tel. 044 242 19 45

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 2200 Ex.,
Druckerei Nicolussi, Zürich

Layout Dayana Mordasini

Redaktion Richi Blättler, Dayana Mordasini, Corinne Schäfli, Niklaus Scherr.

Gegen die Prämienexplosion

In der Gesundheitsversorgung findet ein Pseudo-Markt statt und die Kosten laufen aus dem Ruder. Die medizinischen Fachpersonen bestimmen Angebot und Nachfrage in einem. Diese Konstellation heisst die Kosten enorm an.

Es gibt keinen Akteur, der regulierend einwirkt. Die Konsequenzen kriegen die Prämienzahlerinnen und -zahler direkt zu spüren: Die Krankenkassenprämien steigen und steigen und steigen.

Teurer Pseudo-Markt...

Die mehr als 60 privaten Krankenkassen sind Teil dieses kostspieligen Pseudo-Wettbewerbes. Sie verbuttern jährlich über 200 Millionen Franken allein im Konkurrenzkampf um die jungen, gesunden Versicherten. Der freie Wettbewerb unter den zahlreichen Kassen verursacht eine teure Bürokratie. Und ein Heer von Managern und Verwaltungsräten kassiert gleichzeitig kräftig ab.

...ohne Regulator

Es braucht einen Akteur, der ein Kostenbewusstsein entwickeln und in den Pseudo-Markt eingreifen kann, denn das Bundesamt für Gesundheit ist dazu nicht in der Lage. Auch die Leistungserbringer haben kaum ein Interesse an kostendämp-

fenden Massnahmen: Die traditionellen, eher kostenbewussten Hausärzte werden immer mehr durch teure ambulante Gesundheitszentren abgelöst und die Spitäler befinden sich in einem kostspieligen Wettbewerb um die profitablen Patientinnen und Patienten. Der Gesundheitsbereich ist ein unkontrollierter Wachstumsmarkt, in dem sich viel Geld verdienen lässt.

Erfolgsmodell SUVA

Die zahlreichen Krankenkassen sind zwar ein gesetzliches Vollzugsorgan in der medizinischen Grundversorgung. Sie entwickeln aber kaum ein Interesse an einer koordinierten wirtschaftlichen und qualitätsorientierten Gesundheitsversorgung. Ihr Fokus liegt auf dem Wettbewerb um die tiefen Risiken und dem Verkauf lukrativer Zusatzprodukte. Erst mit einer öffentlichen Krankenkasse können die Kosten unter Kontrolle gebracht werden. Als kosten- und qualitätsorientierter Akteur sichert sie eine gute medizinische Versorgung. AHV und Suva zeigen, dass öffentliche Versicherungen gut funktionieren und das Wohl der Versicherten in den Mittelpunkt stellen.

Kaspar Bütikofer

Mitmachen bei der Pauschalsteuer-Kampagne



zur Abschaffung der Pauschalsteuer.

Arbeitsgruppe der AL Zürich, die die Kampagne für die Deutschschweiz vorbereitet, hat sich bereits zur ersten Sitzung getroffen. Geplant sind neben einer Standard-Kampagne auch verschiedene lustvolle Direktaktionen.

Nach dem Schock des 9. Februars und den Niederlagen mit 1:12 und Mindestlohn braucht die Linke dringend wieder greifbare Erfolge. Wir müssen

Die AL-Initiative zur Abschaffung der Pauschalsteuer kommt am 30. November – zusammen mit Ecopop – zur Abstimmung. Die

mit geeigneten Themen in die Offensive gehen statt nur Abwehrkämpfe zu führen: unsere Fähigkeit demonstrieren, Mehrheiten zu schaffen und gezielt Ungerechtigkeiten und Privilegien zu beseitigen.

Dafür eignet sich unsere Pauschalsteuer-Initiative hervorragend. Sie verläuft nicht nur auf dem Links-Rechts-Schema und polarisiert damit weniger. Das haben die teilweise erfolgreichen kantonalen Initiativen gezeigt, die jeweils deutlich mehr Ja-Stimmen erzielten als 2010 die Steuergerechtigkeits-Initiative der SP. Diese Abstimmung können wir gewinnen. Und wir wollen sie gewinnen!

Interessierte bitte melden bei:
n.scherr@gmx.ch

Mischa Schiwow im Gespräch



Du bist im Umfeld der PdA politisiert worden, würdest du dich heute immer noch als Kommunisten bezeichnen?

Auf jeden Fall hatte unsere marxistisch geprägte Art, die Geschichte zu lesen, viel Wertvolles. Wir haben

über die Ursprünge systematischer Ausbeutung nachgedacht und die im Schulunterricht üblichen Versionen historischer Erzählungen aus Siegerperspektive in Frage gestellt. Ich stehe nach wie vor hinter dem Ideal einer Gesellschaft ohne Ausbeutung. Aber es ist im Verlauf der Geschichte im Namen des Kommunismus zu viel Schreckliches getan worden, als das man heute noch so unverändert dazu stehen könnte. Eigentlich hätte man das schon vor 20 oder 40 Jahren merken können, aber damals war es noch eher möglich, diese Verbrechen als Ausnahmen und nicht als systematische Probleme zu betrachten. Wir dachten, dass so etwas wie der Stalinismus hier nicht passieren könnte, weil wir revolutionäre Veränderungen auf demokratische Weise erreichen würden. Aber als in Berlin die Mauer fiel, erfuhr die Schweizer Bevölkerung, dass auch ihre Freiheit von der Gesinnungspolizei massiv beschnitten wurde. Die damals aufgeflogene Fichenaffäre brachte ein Überwachungssystem an den Tag, das der Stasi kaum nachstand. In den Jahren, in welchen ich für eine vom Bund finanzierte Organisation arbeitete, hätte ich dieses Interview vermutlich nicht so offen gegeben. Denn die Zeiten der Überwachung und der politischen Stigmatisierung sind vielleicht nicht wirklich vorbei.

Es ist interessant, dass so viele von euch «KommunistInnen» der AL beigetreten sind. In meinem Verständnis hat Kommunismus viel mit einer ausgedehnten Präsenz des Staates zu tun. Die AL hingegen stellt den liberalen Flügel der linken Parteien dar.

Die AL steht nicht direkt mit dem Kommunismus in Verbindung. Die Leute stiessen aus sehr verschiedenen Ecken dazu. In den 90ern zum Beispiel kamen einige von der FRAP – Frauen machen

Politik – zu uns; sie stellen den Ursprung des feministischen Flügels der Partei dar. Und heute sind es auch Leute von den Grünen oder der SP. Die AL ist ein Konglomerat von Leuten, die sich einig sind, dass es links von diesen Parteien noch eine unabhängige Kraft braucht. Es ist ein Glück, dass sich hier so viele verschiedene Leute unter einem Dach finden konnten. Das liegt unter anderem an der offenen Diskussionskultur, die Leuten den Mut gibt, sich zu äussern, auch wenn sie anderer Meinung sind.

Du scheinst ein international-denken-der Mensch zu sein. Was interessiert dich an Kommunalpolitik?

Der Internationalismus ist in der kommunistischen Bewegung natürlich etwas sehr Wichtiges. Da sind starke Solidaritäten entstanden, die nationalen Grenzen wurden dekonstruiert. Es gab damals dieses Block-Denken: Ost gegen West. Das ist heute natürlich sehr viel diffuser. Ich trauere dieser Bipolarität nicht nach; allerdings vermisse ich die globale Vision, die die Linke heute nicht mehr hat. Ich denke, dass es schwieriger geworden ist, Einfluss auf das grosse Ganze zu nehmen. Dagegen stellt die Kommunalpolitik ein überschaubareres Terrain dar, wo sich die «grossen Fragen» im Kleinen stellen. Dabei geht es unter anderem darum, sich zu organisieren, sich solidarisch zu verhalten und Widerstand zu leisten. So bei den Themen Migration, Recht auf Arbeit, Wohnen und Umweltschutz.

Wie bist du zur AL gekommen und was tust du in diesem Rahmen?

Ich habe schon AL gestimmt, als ich noch bei der PdA war. Danach war ich lange Zeit Passiv-Mitglied, denn meine Aufgaben bei Swiss Films absorbierten mich ebenso wie meine Familie. Heute gibt es in meinem Leben wieder mehr Raum für Politik und in der AL ist zur Zeit ein erfreulicher Aufwind spürbar. Ich habe während des Wahlkampfes und des Sammelns für die Kinderbetreuungsinitiative gemerkt, dass es Kräfte im Hintergrund braucht, um die Organisation im Gang zu halten und weiter zu bringen. Deshalb habe ich mich jetzt in den Vorstand wählen lassen. Ich habe inzwischen eine gewisse Erfahrung mit Politik und ich denke, dass ich mich so hilfreich einbringen kann.

Interview: Corin Schäfli

AL Filmtipp

Mischa Schiwow empfiehlt:



SITTING NEXT TO ZOE von Ivana Lalovic. Komödie/Drama. Schweiz 2013. Ab 21. August im Kino. Zwei 15-jährige Freundinnen aus der Agglomeration

verbringen ihre Sommerferien zusammen. Zoe, die nur von Mode und von einer Make-Up-Schule in Paris träumt, muss vorerst im Supermarkt jobben. Ihre beste Freundin Asal, die im nächsten Schuljahr ins Gymnasium wechselt, will endlich ihre Unschuld verlieren. Beide verlieben sich in denselben 18-jährigen Schweden, der im Ort auftaucht und sich auf einen gemeinsamen Ausflug an einem entlegenen See einlässt. Die Freundschaft der beiden Mädchen wird auf eine harte Zereissprobe gestellt. Doch Zoe, die anfänglich so oberflächlich zu sein scheint, legt plötzlich ungeahnte Charakterstärke an den Tag. Der erste Spielfilm von Ivana Lalovic, einer gebürtigen Bosnierin, die an der Zürcher Hochschule der Künste die Regieklasse absolvierte, ist eine Coming-of-Age-Geschichte, welche das Wechselbad der Gefühle ihrer Protagonistinnen sorgfältig nachzeichnet.



LAS MALAS INTENCIONES von Rosario Garcia-Montero. Drama. Peru 2011. Ab 21. August im Kino. Peru, 1982. Die neunjährige Cayetana wächst in einer

reichen Familie in Lima auf. Während ihre Mutter mit ihrem Stiefvater mehrere Monate im Ausland verbringt, verspottet Cayetana zu Hause ihre Kindermädchen und kommuniziert mit ihren imaginären Freunden – allesamt lang verstorbene peruanische Nationalhelden. Die Nachricht, dass ihre Mutter erneut schwanger ist, verängstigt sie mehr als die Tatsache, dass sich in Peru Terroranschläge häufen. Davon überzeugt, dass sie am Tag der Geburt ihres Bruders sterben wird, zieht sie sich mehr und mehr in ihre Fantasiewelt zurück. Die peruanische Regisseurin Rosario Garcia-Montero übernimmt in ihrem an der Berlinale entdeckten Spielfilmdebüt vollständig die Perspektive und die Traumwelten ihrer Hauptfigur. Eine subtile und fesselnde Charakterstudie über ein einsames Kind.

Alternativen auch im Kanton – Wahlen 2015

Bereits Mitte Mai haben sich knapp zwanzig Vertreterinnen und Vertreter aller vier im Kanton Zürich aktiven AL-Gruppen zu einem ersten Workshop getroffen, um die Kampagne für die Kantonsratswahlen vom 12. April 2015 vorzubereiten. Nach dem Treffen war klar, wie sich der Wahlausschuss organisiert. Im Juni hat die kantonale VV die Vorschläge diskutiert und dem Wahlausschuss grünes Licht gegeben.

Die grosse Herausforderung der Kantonsratswahlen ist, dass sie die Menschen weniger bewegt als kommunale Wahlen, gleichzeitig aber ein Projekt mit grösserer Reichweite ist, für das mehr personelle Ressourcen erforderlich sind. Für die AL mit ihrer Verwurzelung in den Städten Zürich und Winterthur und der lokalen Präsenz im Limmattal und im Bezirk Horgen wird es eine Herausforderung sein, in allen zwölf Bezirken volle Listen mit lokal verankerten Kandidatinnen und Kandidaten zu präsentieren. Die Zusammenstellung der Listen mit 180 Kandidatinnen und Kandidaten wird deshalb das erste Zwischenziel sein. Nur so wird es möglich sein, unser Wahlziel, den vierten Kantonsratssitz in Winterthur und einen fünften Sitz Zürich 11/12, zu erreichen. Die drei Bisherigen – Judith Stofer, Markus Bischoff und Kaspar Bütikofer – treten wieder an. Gespräche mit anderen Aktiven, die bereit sind, auf Spitzenplätzen zu kandidieren, finden gegenwärtig statt.

Reichweite und Präsenz der AL im Kanton erweitern

Wir möchten bei den kommenden Wahlen nicht nur mit fünf Sitzen Frakti-

onsstärke im Kantonsrat erreichen, sondern die Reichweite der AL im ganzen Kanton generell vergrössern. Wir nutzen diese Kampagne, um mehr Newsletter- und AL-Info-AbonnentInnen und mehr Facebook-FreundInnen zu gewinnen. Wir wollen gleichzeitig die Zahl der AL-Mitglieder und der Aktiven vergrössern. Unterstützung ist nötig, mehr denn je, sowohl finanziell als auch mit Menschenpower (siehe Kasten). Wie bei den Gemeinderatswahlen im Februar 2014 wollen wir auch diesmal zeigen, dass die AL mit ihren Themen nahe am politischen Geschehen ist und einen grossen Leistungsausweis hat. Die Kampagne für preisgünstigen Wohnraum im September (siehe Seite 1) und die im November anstehende Abstimmung über die Abschaffung der Pauschalsteuer in der ganzen Schweiz (siehe Seite 5) sind zwei Beispiele dafür.

Organisation des Wahlausschusses

Alle zwei Wochen, in der Hauptphase der Kampagne wöchentlich, tagt der Wahlausschuss. Ihm wurde die Kompetenz übertragen, zusammen mit dem Vorstand der AL Zürich Entscheidungen für die Wahlkampagne zu treffen und dafür zu sorgen, dass die nötigen finanziellen Mittel generiert werden. An den kantonalen Vollversammlungen wird die Kampagne präsentiert. Aus dem Ursprungsgremium vom Mai hat sich auch die Findungskommission (Fiko) gebildet. Sie erarbeitet die Wahlvereinbarung, die wir mit den Spitzenkandidatinnen und -kandidaten abschliessen, und führt die Gespräche mit Interessierten. Priorität hat die Besetzung der Spitzenplätze in den

Wahlkreisen mit den grössten Wahlchancen (3/9, 4/5, 6/10, Winterthur Stadt, 11/12). Die interessierten Kandidatinnen und Kandidaten werden Ende August zu einem Hearing eingeladen, an dem sie sich einer grösseren Gruppe innerhalb der AL vorstellen können. An der kantonalen VV im Oktober werden die Spitzenkandidierenden und die Listen vorgestellt, die es bis dann zu füllen gilt.

Bezirks- und Quartiergruppen-Power

Um alle Listen zu füllen, sind wir auf aktive Mithilfe der Quartiergruppen in der Stadt Zürich, der anderen AL-Gruppen und der aktiven AL-Leute in den Bezirken angewiesen. Der letzte Wahlkampf hat deutlich gezeigt, wie wichtig es ist, dass lokal verankerte Freundinnen und Freunde der AL kandidieren und in ihrem Umfeld die Wahlkampagne verbreiten. Die bestehenden AL-Gruppen sollen gestärkt und neue gebildet werden, damit wir im nächsten Jahr mit Schwung in die heisse Phase der Kampagne einsteigen können.

Dayana Mordasini

Jetzt erst recht!

Für Wahlen braucht eine Partei Ressourcen, personelle und finanzielle. Wir brauchen 180 Kandidatinnen und Kandidaten in allen zwölf Bezirken des Kantons. Wenn du dir vorstellen kannst, für die AL auf einer Liste zu kandidieren, dann trage dich noch heute auf einem speziellen Formular auf unserer Website ein: <http://al-zh.ch/wahlen-2014/kantonsratswahlen-2015.html>. Du kannst angeben, in welchem Kreis du gerne auf die Liste möchtest und wie du dich sonst im Wahlkampf einbringen willst. Jede Kandidatur zählt und verhilft der AL zu den erstrebten fünf Sitzen. Gib uns auch deinen Namen und setze damit ein Zeichen für die AL! Mache dich in deinem Umfeld für die AL stark, denn Alternativen sind gefragt, auch im Kanton Zürich.



Der Wahlausschuss für die Kantonsratswahlen 2015 Von links: Stefan Wyss, (Vorstand) Walter Angst (Produktion), Dayana Mordasini (Leitung), Christoph Bohn (Kommunikation, extern), Nicht auf dem Bild: Mischa Schiowow und Marco Medici (Vorstand), Katharina Gander und Manuel Sahli (Winterthur), Ernst Joss (Limmattal), Markus Bischoff (Kantonsrat), Judith Stofer (Kantonsrätin), Christina Schiller (Fiko).

Blick ins Kassenbuch: Die Finanzen der AL

Im Gegensatz zu anderen Parteien lebt die AL Transparenz, was ihre Finanzen angeht. So publizieren wir regelmässig detaillierte Abrechnungen zu unseren Wahlkampagnen. Dayana Mordasini und Niggi Scherr werfen einen Blick hinter die Kulissen der AL-Finanzen.

2013: Zwei Drittel Spenden...

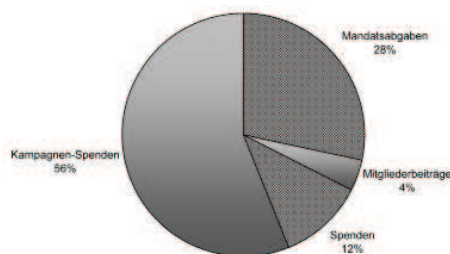
Im Jahr 2013 nahm die AL insgesamt 294 700 Franken ein und schloss mit einem Gewinn von 3100 Franken ab. Dabei finanzierte sie sich zu 56% über Spenden für Kampagnen (vgl. Grafik 1). Diese galten zum grössten Teil der Finanzierung der beiden Stadtratswahlkämpfe 2013 und der Stadt- und Gemeinderatswahlen 2014 sowie in einem geringen Umfang der Referendumskampagne Lagerstrasse. Dazu kamen weitere 12% an allgemeinen Spenden. Damit stammten in diesem Super-Wahljahr gut zwei Drittel der Einnahmen – total 197 000 Franken – aus zweckgebundenen und freien Spenden.

...ein Drittel Mandatsabgaben und Mitgliederbeiträge

28% der gesamten Einnahmen wurden aus den Mandatsabgaben von AL-Mitgliedern im Gemeinde- und Kantonsrat und in der Schulpflege, unseres Stadtrats und der AL-Richterin generiert. Da 2013 der Kampagnenanteil sehr hoch lag, ist dieser Wert deutlich tiefer als in Jahren ohne Wahlen und grosse Kampagnen. In durchschnittlichen Jahren können diese Abgaben bis zur Hälfte der gesamten Einnahmen ausmachen. Dies zeigt ihren hohen Stellenwert für die AL. Deutlich zu sehen ist in der Grafik, dass die Mitgliederbeiträge nur einen sehr kleinen Anteil an den Einnahmen ausmachen. Sie sind mit 100 Franken - respektive 50 Franken für Wenigverdienende – bewusst tief gehalten, um allen eine AL-Mitgliedschaft zu ermöglichen und die Spendenbereitschaft für konkrete Kampagnen intakt zu halten.

Mitgliederabgaben für die Fixkosten...

Ziel unseres Finanzierungskonzepts ist es, mit Mandatsabgaben und Mitgliederbeiträgen mindestens die laufenden Fixkosten – Löhne, Mieten, Bürokosten, Druck und Versand des Infos – in der Höhe von knapp 90 000 Franken zu de-



Grafik 1: Rechnung 2013.

cken. Das haben wir bisher in der Regel erreicht. Dank höheren Mandatsabgaben können wir ab 2014 auch einen Teil zur Mitfinanzierung von Kampagnen einsetzen oder für kommende Wahlkämpfe zurückstellen.

...und Spenden für die Kampagnen

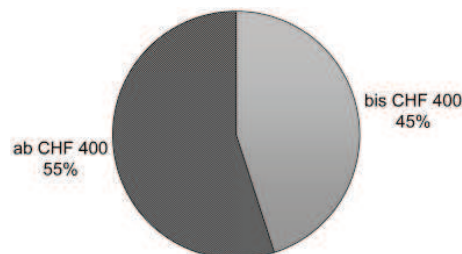
Es war und ist unsere Philosophie, jeweils gezielt im Hinblick auf konkrete Kampagnen Mittel zu beschaffen. Innerhalb von vier Jahren finden drei Wahlen (Gemeinderat, Kantonsrat, Nationalrat) und zusätzlich zwei bis drei grössere Kampagnen (Initiativen, Referenden, Abstimmungskampagnen) statt. Hier bitten wir kampagnenbezogen unsere Sympathisantinnen und Sympathisanten um aktive finanzielle Unterstützung. Mit Erfolg, denn die Spenderinnen und Spender können sich über ihren Beitrag mit einem konkreten politischen Anliegen identifizieren – in der Gewissheit, dass ihr Beitrag projektbezogen eingesetzt wird.

Die AL versteht es bestens, mit konkreten Themen und Aktionen politisch an den brisanten Fragen dranzubleiben. Damit all das aber sichtbar wird und um in den Medien und im Internet eine regelmässige Präsenz zu garantieren, braucht es das nötige Kleingeld.

Blick in den Spendentopf

Ein Blick in den Spendentopf bringt Interessantes zutage. 60% aller Spenderinnen und Spender entrichten Spenden bis und mit 100 Franken, 40% spenden mehr. Anders bei der Verteilung: Alle Spenden bis und mit 100 Franken machen 19%, die Spenden über 100 Franken dagegen 81% des gesamten Spendenvolumens aus.

Anders zeigt sich das Bild wenn wir den Schnitt bei 400 Franken ziehen: 85% aller Spenden betragen bis und mit 400



Grafik 2: Verteilung der Spendenbeträge.

Franken, lediglich 15% der Spendeneingänge liegen darüber. Die grössere Gruppe macht hier 45% des Spendenvolumens aus, die 15% Spenderinnen und Spender generieren 55%. Abgesehen vom Wahlbeitrag von 20 000 Franken von Richard Wolff belief sich die grösste Spende 2013 auf 2000 Franken; Spenden von Firmen sind keine darunter.

Das Fazit ist eindeutig. Die AL braucht beides: viele kleine Spenderinnen und Spender und eine solide Anzahl von Mittel- bis Grossspendern. Wenn wir wachsen wollen, dann braucht die AL von allem etwas mehr.

Niklaus Scherr/ Dayana Mordasini

Für Pauschalsteuer spenden!

In den nächsten neun Monaten stehen zwei kostspielige Kampagnen an: die gesamtschweizerische Abstimmung über die Pauschalsteuer-Initiative der AL (November 2014) und die Kantonsratswahlen (April 2015). Für die Pauschalsteuer-Kampagne in der deutschen Schweiz muss die AL Zürich als verantwortliche Koordinatorin mindestens 100 000 Franken zusammentragen. In der ersten Septemberhälfte läuft die erste Fundraising-Welle zusammen mit einer Vorkampagne. Jede Spende auf das AL-Konto mit dem Vermerk —«Pauschalsteuer» fliesst vollumfänglich in die Abstimmungskampagne. Und: jeder Beitrag kann als Parteispende bei den Steuern abgezogen werden, Spenden an: AL Zürich 87-63 811-5 IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5 (Vermerk: «Pauschalsteuer»)

Lagebericht aus Winterthur

Im Juni liess der Stadtrat die Katze aus dem Sack: erste Massnahmen für ein ausgeglichenes Budget 2015 wurden präsentiert. Wie zu erwarten waren die Nachrichten sehr unerfreulich. Die Steuererhöhung um 3% ist ein logischer Schritt – schon letztes Jahr wurde eine Steuererhöhung vom Stadtrat gefordert, dann aber von der bürgerlichen Mehrheit erfolgreich bekämpft. Wie wird der seit den letzten Wahlen mehrheitlich bürgerliche Stadtrat die eigenen Parteien diesmal davon überzeugen? Weiter sollen die Löhne der städtischen Beamten um 2% gekürzt werden. Dies zwar nur temporär, aber es ist klar, dass sich die Arbeitnehmer-Verbände massiv dagegen wehren werden. Schliesslich leiden die städtischen Angestellten schon jetzt stark unter den Mehrbelastungen durch Sparmassnahmen. Irgendwann ist das Mass voll. Am meisten schmerzt aber die Streichung der Zuschüsse für AHV&IV. Damit trifft man die Ärmsten einer Stadt, in der die Zuschüsse durch die steigenden Lebenshaltungskosten nötiger sind denn je. Für die AL ist sicher: die Kürzungen der Zusatzleistungen sind unverhandelbar! Dabei stehen aber auch noch Auseinandersetzungen zum vergangenen Sparpaket Effort 14+ an – hier sind noch nicht alle Massnahmen umgesetzt. So wurde zum Beispiel gegen die Erhöhung der Gebühren für Baugesuche das Referendum ergriffen – die rechte Ratshälfte ist darauf erpicht, dass jene, die genug im Geldbeutel haben, sich möglichst wenig an der Sanierung der städtischen Finanzen beteiligen. Diese Abstimmung gilt es nun zu gewinnen, um Kostengerechtigkeit herzustellen. Die kürzlich beschlossene Privatisierung der Stadtgärtnerei ist ein weiterer Skandal – eine funktionierende Organisationseinheit der Stadt soll zerschlagen werden. Hier wird unter dem Vorwand des Spardrucks der Privatisierungsideologie gefolgt. Die Sparmöglichkeiten sind praktisch null, durch die neu zu bezahlende Mehrwertsteuer und das Auftragsmanagement gehen jegliche theoretischen Einsparungen durch tiefere Offerten flöten. Dem entgegen stehen der Verlust von wichtigen Arbeitsplätzen. Uns stehen wichtige Kämpfe bevor, wir rufen zur Beteiligung auf!

David Berger

Wie soll die AL wachsen?

Bei den vergangenen Wahlen hat die AL in der Stadt Zürich einen grossen Erfolg verbucht und auch in anderen Gemeinden konnte sie ihren Wähleranteil markant steigern: Verdoppelung auf zwei Gemeinderatssitze in Winterthur, leichter Anstieg der Stimmenanteile in Dietikon, beinahe Einzug in den Stadtrat von Bülach.

Was der AL aber nach wie vor fehlt, ist eine flächenmässige Abdeckung im Kanton.

Minimale Struktur nötig

Die Koordinationsgruppe AL-Kanton ist der Meinung, es brauche eine minimale Struktur mit geregelten Kompetenzen und Verantwortlichkeiten, um die AktivistInnen der bestehenden Sektionen Zürich, Winterthur, Limmattal und Horgen – und erst recht die von ausserhalb dieser Sektionen – besser untereinander und mit den gewählten KantonsrätInnen zu vernetzen. Ein aktives Politisieren mit attraktiven Versammlungen ist bei einer kleinen Mitgliederzahl kaum möglich. So bleibt den VertreterInnen aus dem Kanton nur, sich den bestehenden und bewährten Strukturen der Stadt Zürich anzuhängen. Natürlich sollen diese Synergien weiter genutzt werden, aber das allein reicht nicht, um die AL im Kanton für neue Mitglieder attraktiv zu machen.

Treffpunkt kantonale VV

In der Vergangenheit wurde bemängelt, dass Interessenten aus dem Kanton durch spezifisch stadtzürcherische Diskussionen abgeschreckt worden seien. Daher hat die Koordinationsgruppe AL Kanton Vollversammlungen zu kantonalen und überkantonalen Themen reaktiviert. Eine erste vielversprechende VV fand am 24. Juni in Zürich statt. Sie werden im Rhythmus von etwa drei Monaten fortgesetzt. Ziel ist es, die Parolen für die eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen gemeinsam zu fassen, kantonale und eidgenössische Kampagnen und Wahlen zu besprechen und eine lebendige Diskussionskultur zu kantonalen Themen zu pflegen. Wenn es uns gelingt, diese kantonalen Versammlungen mit geeigneten Themen anzureichern, dann können sich dort Zukunftsperspektiven für den ganzen Kanton ergeben.

Koordinationsgruppe AL-Kanton

Die Alternative Liste ist erfolgreich gewachsen. Aus der losen Verbindung von politisch Engagierten, die ausserparlamentarische Opposition auch in den etablierten Polit-Apparat tragen, ist eine Partei mit Regierungsbeteiligung in der Stadt Zürich und mit Wahl-Erfolgen in Winterthur, Bülach, Dietikon und weiteren aktiven Gruppen im Kanton und in den Stadtkreisen von Zürich geworden.

Auf kantonaler Ebene haben wir eine Kantonsrätin und zwei Kantonsräte vorzuweisen. Zudem haben wir erfolgreich die Pauschalbesteuerung abgeschafft und kürzlich die Initiative für die Finanzierung der Kinderbetreuung eingereicht. Die AL ist im Kanton Zürich angekommen. Allerdings sind wir in den einzelnen Sektionen unterschiedlich organisiert und haben (noch) keine kantonale Struktur.

Wie soll es also weitergehen?

Als Aktivist der AL gefällt mir die Art der AL, politische Anliegen in konkrete Debatten und Vorschläge umzuwandeln. Unsere zwei letzten kantonalen Initiativen sind gute Beispiele dafür. Es zeichnet die AL aus, dass wir wichtige Themen erfolgreich anstossen und Abstimmungen gewinnen oder dann zwar verlieren, dem Anliegen an sich aber zum Erfolg verhelfen, wie beim Referendum Lagerstrasse. Der grösste Erfolg war sicher die Abschaffung der Pauschalbesteuerung im Kanton Zürich. Dafür haben wir Unterschriften gesammelt und eine erfolgreiche Kampagne geführt. Und wir dürfen hoffen, damit auch auf eidgenössischer Ebene erfolgreich zu sein!

Wachsen von unten

Was wir jetzt brauchen, sind gute Listen für die Kantonsratswahlen, klare Vereinbarungen – insbesondere über die Mandatsabgaben – und weiterhin aktive Engagierte mit guten Ideen und der Bereitschaft Unterschriften zu sammeln, Wahlkampf zu machen und für unsere politischen Ideen zu kämpfen.

Die AL ist politisch wirksam weil wir von unten und nicht top-down denken. Wir sind handlungsfähig, weil wir unsere Stärken einbringen können und nichts müssen. Wir sind aber auf Spenden und Mandatsabgaben angewiesen, denn ganz ohne Geld geht es auch bei uns nicht.

Richi Blättler, Vorstand AL-Zürich

Kein Herz für Frauen



Als Kantonsrätin gehört der Kontakt zu Kaderangestellten der kantonalen Verwaltung zum politischen Alltag.

In fast 100 Prozent der Fälle (es gibt nur ganz wenige Ausnah-

men) sind dies meistens Männer in grauen oder dunklen Anzügen, ab 40 aufwärts, oft mit teuren Uhren an den Handgelenken und sehr gepflegt. Das ist schön und gut. Doch würde frau sehr gerne auch vermehrt Frauen gegenüber sitzen.

Das wird leider noch lange nicht der Fall sein. Nimmt frau das Projekt der Regierung zur direktionsübergreifenden Kadernachwuchsförderung für Männer und Frauen unter die Lupe, stellt sie fest, dass sie bis zum St. Nimmerleinstag auf eine entsprechende Vertretung von Frauen in Kaderpositionen warten muss. Es ist sehr bedenklich, wie hinterwäldlerisch der Kanton mit dem Thema umgeht. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass er mit seinem Aus- und Weiterbildungsangebot «sowohl für die Themenbereiche der

Chancengleichheit als auch für Führungskräfte für eine ständige Sensibilisierung in der kantonalen Verwaltung für genderspezifische Anliegen» sorgt, wie er in der Antwort auf eine entsprechende Motion schreibt.

Die Phase der Sensibilisierung ist längst vorbei, Fakten und Informationen liegen auf dem Tisch, das Thema ist in der Öffentlichkeit präsent. In unzähligen Studien wurden mögliche Wege zur Erhöhung des Frauenanteils in Kaderpositionen aufgezeigt. Sogar die Uni St. Gallen bietet zahllose Lehrgänge, Veranstaltungen und Veröffentlichungen dazu an. Was es jetzt braucht, sind Taten statt Wischwaschi. Keine weiteren Massnahmen, die dann auf halbem Weg stecken bleiben oder einfach versanden. Es braucht glasklare Projekte, Zielvorgaben und Quoten, und es braucht klare Terminvorgaben, bis wann die beschlossenen Massnahmen greifen müssen. Das allerwichtigste ist aber der politische Wille. Ohne klar definierten politischen Willen des Regierungsrates ist die Erhöhung des Frauenanteils im Kader der kantonalen Verwaltung nicht zu erreichen.

Judith Stofer

Erste Erfahrung im Gemeinderat



Ich bin nicht nur neu im Gemeinderat, auch mit Kommunalpolitik habe ich noch nicht lange zu tun.

Vor einigen Jahren habe ich mein Hauptfach an der Uni von Philosophie zu Ethnologie

gewechselt, weil mir das Theoretisieren über die Gedanken toter alter Männer zu weltfremd erschien und ich etwas Konkretes und Nützliches lernen wollte. So lernte ich, spezifischer und differenzierter zu denken, aber der Fokus blieb meist global. Während mir der Respekt vor dem Weitblick geblieben ist, habe ich inzwischen angefangen herauszufinden, wie die Dinge des Alltags – wie etwa Strassen, Volksfeste, Durchgangszentren... – bewegt werden.

Ich bin darum froh, schon in meiner ersten Runde im Rat in der GPK gelandet zu sein, weil sich dort schnell viel lernen lässt. Unter anderem, was die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten, was die Spielregeln parlamentarischer Arbeit sind und wie die Verwaltung funktioniert. Was können wir bewirken, was ist den Naturgesetzen der Paragraphen unterworfen, nicht mehrheitsfähig oder tabu. Die Ratssitzungen dagegen

sind nicht immer lehrreich, oft aber ein emotionales und linguistisches Spektakel. Da wird etwa Lenin gegen den Dadaismus und die historischen Hexen ausgespielt, es wird gerufen, gelesen, herumspaziert, (aus)gelacht...

Auch in der AL bin ich noch seit keinem Jahr, werde in meiner Entscheidung aber regelmässig bestätigt. Die freiheitliche Politik, die wir betreiben, wird auch intern gelebt. Wir haben öfter mal Jamaica statt Fraktionszwang und tragen unsere Zwiste teilweise auch im Rat aus. Die Fraktion hat fast 50 Jahre Altersspannweite, viele junge Ideen, einen immensen Erfahrungsschatz und die Lautstärke einer Baustelle.

Und das ist sie auch. Noch im Begriff zu entstehen, haben wir bereits unzählige andere Baustellen offen. Eine davon ist etwa die Labitzke, gegen deren Abriss auf Vorrat wir unter anderem an der «Wem-Gehört-Züri» demonstrierten, wo wir fast vollzählig, aber als einzige sichtbare Partei anwesend waren. Als wir am Mittwoch darauf alle mit den gelben Labitzke-Bändern geschmückt im Rat dazu eine Fraktionserklärung verlasen, war meine Freude über diese spezielle Truppe besonders gross.

Corin Schäfli

AL-InhALte mit Biss:



1. Mai: Die AL am 1. Mai-Umzug

6. Mai: Moserdebatte im Nationalrat zur Pauschalsteuer zeigt: die AL-Initiative wird ernst genommen.

18. Mai: Die AL bedauert die Annahme des Kredits für Schulpavillons.



21. Mai: Einreichung Kinderbetreuungsinitiative mit über 7000 Unterschriften. Die Initiative ist gemäss Meldung des Regierungsrats zustande gekommen.

28. Mai: In einer Medienmitteilung spricht sich die AL gegen eine Privatisierung des Kantonsspitals Winterthur aus.

12. Juni: Die AL demonstriert in einer Medienmitteilung gegen den PJZ-Bschiss.

16. Juni: Die AL protestiert gemeinsam mit Anwohnerinnen und Anwohnern in Wipkingen gegen den neuen Fahrplan der SBB ohne Halt in Wipkingen.

19. Juni: Die AL nimmt im überparteilichen LGBTI-Komitee Stellung zu Nationalrat Bortoluzzis Äusserungen.



21. Juni: Die AL an der «Wem gehört Zürich?»-Demonstration mit einem Transpi zum PJZ-Bschiss.



25. Juni: Protestaktion der AL-Fraktion gegen die Bewilligung des Abbruchs auf Vorrat auf dem Labitzke-Areal.

Neben den Gleisen



Achtzig Leute aus dem Quartier standen am 16. Juni auf dem Perron des Bahnhofs Wipkingen, während uns der Wind der links und rechts vorbei

brausenden Züge die Tränen in die Augen trieb. Mit Trillerpfeifen versuchten wir, den Lärm der Züge zu übertönen, mit weissen Tüchern und auf- und abwippenden Schildern die Aufmerksamkeit jener zu gewinnen, die im Zug sass. Unsere Botschaft war einfach: «Stop that train, we wanna get on!» oder auf gut Zürcherisch: «Wir wollen wieder ans S-Bahn-Netz». Der Bahnhof Wipkingen ist seit jenem Tag ein Bahnhof mit stark eingeschränktem Betrieb und hat nun etwas von einem Geisterbahnhof. In den ersten Tagen nach seiner Herabstufung spielten sich am Bahnhof – wie mir berichtet wurde – bewegende Szenen ab. PendlerInnen sahen sich plötzlich mit längeren Arbeitswegen und absurden Anschlüssen konfrontiert, fühlten sich selber ebenfalls herabgestuft, mussten von den Bahnhofsfrauen getröstet und getröstet werden. Wochen später: Vor dem Rathaus wird Herrn Stadtrat Türlin die Petition für einen Viertelstundentakt in Wipkingen übergeben, eine Aufforderung zur Schadensbegrenzung. Wohlwollend sagt er, wir alle wollten doch dasselbe, zögen am gleichen Strick. Ich kann nicht anders, ich muss kichern, erwarte etwas mehr Ehrlichkeit, etwas weniger bemühte Solidarität. Nennen wir das Kind doch beim Namen, denke ich mir. Das Konzept der «Greater Zurich Area» mit den drei städtischen ÖV-Zentren HB, Altstetten, Oerlikon, der Grosse Plan für ein Zürich der Zukunft – all das beisst sich doch mit den Bedürfnissen und Ansprüchen von uns QuartierbewohnerInnen, die wohl nicht anders können, als im Hier und Jetzt zu leben. Ich erinnere mich an die Quartierveranstaltung zum selben Thema einige Monate zuvor. Da versprachen die SBB- und ZVV-Verantwortlichen vom Podium herab, alles würde für Wipkingen wieder besser – nach 2030. In der Reihe hinter mir kicherten vier ältere Damen.

Andrea Leitner

Wolffs Besuch beim NYPD

Susan Herman ist Vize-Kommandantin des New York Police Department. Tough, klug, ausserordentlich präsent und auffallend empathisch. Eine beeindruckende Person. Sie erläutert uns in kurzen und präzisen Sätzen die neue Doktrin des NYPD, das Collaborative policing.

Collaborative policing strebt mehr BürgerInnennähe an. So soll sich jede Polizistin, jeder Polizist eine Familie im Einsatzbezirk aussuchen, mit der er/sie sich regelmässig trifft, um aus erster Hand zu erfahren, wo der Schuh drückt, was die Anliegen der Bevölkerung sind. Daneben gibt es Runde Tische mit verschiedensten Gruppen und Communities, um aktuelle Probleme breit und frühzeitig zu besprechen. Hier treffen sich VertreterInnen von Schulen, Minderheiten, Kirchen, Jugendlichen usw. mit der Polizei, um zu diskutieren und wenn möglich Lösungen zu finden.

Vielsprachige Polizei - ein «must»

Neben Collaborative policing ist auch Diversity management ein Thema im NYPD. New York ist nach wie vor der ‚melting pot‘, der Schmelztiegel der USA. Bei über 60% der EinwohnerInnen wurde mindestens ein Elternteil nicht in den USA geboren. Auf diese grosse Vielfalt reagiert das NYPD mit einem hohen Anteil zwei- oder mehrsprachiger PolizistInnen. Um trotzdem auftretenden Verständigungsproblemen zu begegnen, unterhält das NYPD eine sogenannte ‚Language line‘, einen vielsprachigen telefonischen Übersetzerdienst, der den PolizistInnen auf der Strasse jederzeit zur Verfügung steht, um das Gespräch mit Fremdsprachigen zu erleichtern.

Was in New York auffällt, sind die vielen PolizistInnen, die zu Fuss auf der Strasse, an Plätzen, vor und in U-Bahn Stationen – zumindest im Stadtzentrum – Präsenz markieren. Sie sind ansprechbar, geben Auskunft und scheinen keiner anderen Aufgabe nachzugehen als einfach da zu sein. Sicher sollen sie auch ein Gefühl von Sicherheit im öffentlichen Raum vermitteln. Der 11. September 2001 und der Anschlag am Bostoner Marathon am 15. April 2013 haben die USA traumatisiert und verunsichert

Umstrittene Sicherheit

New York ist heute, was den öffentlichen Raum betrifft, eine sicherere Stadt

als noch vor 20 oder 30 Jahren. Auf was genau das zurück zu führen ist, ist umstritten. Natürlich verweist die Polizei auf ihre Leistungen: Straffere Führung, mehr und bessere Datengrundlagen, eine bessere Koordination der Einsatzkräfte. Aber auch Susan Herman gibt zu, dass der Zusammenhang unklar ist.

Unklar ist nach diesem Besuch auch, wie die neue Politik bei der Basis der Polizei und bei der Bevölkerung ankommt. Nach wie vor gibt es nämlich auch viel Kritik am NYPD, nachzulesen unter anderem auf der Website des National Police Accountability Project, einer Initiative engagierter Rechtsanwälte (www.nlg-npap.org, Suchbegriff ‚New York‘), oder auch beim Civilian Complaint Review Board, einer unabhängigen städtischen Ombudsstelle für Beschwerden gegen die Polizei (www.nyc.gov/html/ccrb). Oft in der Kritik steht beispielsweise die Stop-and-frisk-Präventionstaktik, welche Personenkontrollen aufgrund von begründeten Verdachtsmomenten erlaubt. In der Praxis wurden diese Kontrollen aber zum ganz überwiegenden Teil bei Latin@s und AfroamerikanerInnen durchgeführt, weshalb sie nicht nur von Bürgerrechtsgruppen, sondern auch Gerichten vehement kritisiert wurden. Der neue Bürgermeister New Yorks, Bill de Blasio, hat sich denn auch klar gegen die Stop-and-frisk Politik ausgesprochen und die Kontrollen drastisch reduziert.

Richard Wolff



Richard Wolff vor dem New York Police Departement. Er war Teil einer Zürcher Delegation, die im Rahmen des Festivals «Zürich meets New York» vom 16. bis 23. Mai 2014 New York besuchte.